

Preisblatt

11.01.

2013

B212-Umfahrung:

Bürger erhöhen Druck

Anfrage an Wirtschaftsministerium

DELMENHORST (DUT). Ist die niedersächsische Landesregierung tatsächlich rechtlich verpflichtet, die Planungen für die von der Landesregierung nicht gewünschte B213/B322, Ortsumfahrung Delmenhorst, voranzutreiben? Die Aktiven der Interessengemeinschaft „B212 – freies Deich- und Sandhausen“ bezweifeln dies und haben beim Landesverkehrsministerium in Hannover nachgefragt, wie diese Aussage rechtlich begründet sei. Eine Antwort steht noch aus.

Bereits im Dezember hatten die Mitglieder der IG nachgefragt, ob die Landesregierung ein Konzept hat, womit die verkehrliche Belastung von Delmenhorst ohne den Bau einer Ortsumfahrung gelöst werden kann. Dazu forderten die IG-Sprecher Martin Clausen und Uwe Kroll das Verkehrsministerium auf, die entsprechenden Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Die Landesregierung hatte beschlossen, das Projekt B213/B322 nicht für den Bundesverkehrswegeplan 2015 zu melden.